Nr. 156 — 21. Jahrg. — Sonntag, 9. Juli 1922

Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Monat Juli 18 M. Einzelnummer 1 M. Die Sächsische Volkszeitung erscheint wöchentlich sechsmal. Anzeigenpreis: Die eingespaltene Petitzeile 6 M., für Familien- und Vereinsanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 5 M. Die Petit-Reklamezeile im redaktionellen Teil 89 mm breit. 25 M. Für Inserate mit besonderer Plazierungsvorschrift auf obige Preise 25 Prozent Aufschlag. Offertengebühr: für Selbstabholer 2 M. bei Uebersendung durch die Post außerdem Portoaufschlag. Im Falle höherer Gewalt oder beim Ausbleiben der Papierlieferungen usw. erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und Leistung von Schadenersatz.

Sprechstunde der Redaktion: 5—6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und mit Rückporto nicht versehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt. Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vormittags. — Annahmestellen in Dresden: Schmidt'sche Buchhandlung, Inhaber B. Bel, Schloßstraße 5. in Bautzen: Franz Kurtat, An der Petrikirche 1

Tagesschau

Wegen Ausschreitungen gegen Zeitungsbetriebe an verschiedenen Orten Deutschlands hat der Verein Deutscher Zeitungsverleger das Reichsministerium des Innern um geeignete Schritte zum Schutze ersucht.

Die Unabhängigen haben die Reichsregierung ersucht, den 9. November zum Nationalfeiertag zu erheben.

Am Dienstag kommender Woche beabsichtigen die freien Gewerkschaften einen Demonstrationsstreik gegen die Teuerung.

Die polnische Regierung hatte ein jährliches Defizit von 400 Milliarden. Zur Deckung sollen Einkommensteuer und Eisenbahntarife erhöht werden.

In Ungarn droht wegen der Lebensmittelteuerung eine Regierungskrise. Der Finanzminister hat seine Demission eingereicht.

Wegen unerhörter Kurse herrscht an der Wiener Börse eine große Panik. U. a. notierten: Tschechokronen 485, ungarische Kronen 1770, der Dollar 23 500, französische Franken 1810, schweizerische Franken 4300, Reichsmark 44.

Eine Haussuchung in Gera förderte schwer belastende Schriftstücke des deutsch-völkischen Schutzbundes zutage. Oberpostsekretär Fahbauer wurde dieserhalb verhaftet.

Vor dem Wahlkampf

Ob es gelingen wird, die aufs äußerste gespannte innerpolitische Situation auf parlamentarischer Grundlage zu retten und wie diese Grundlage aussehen wird, ob eine große Koalition mit der USPD oder mit der Volkspartei oder mit beiden zusammen zustande kommt oder ob letzten Endes sich alles zerschlägt und eine Reichstagskrise zur Reichstagsauflösung führt und damit zu einem Wahlkampf, der in der Heftigkeit seines Verlaufs beispiellos sein müßte, dies alles läßt sich mit Sicherheit und Gewißheit auch jetzt noch nicht voraussagen. Denn die Schritte, die von den einzelnen Parteien zur Klärung der parlamentarischen Situation eingeleitet worden sind, bewegen sich nur langsam vorwärts. Noch am Donnerstag haben Zentrum und Demokraten gemeinsam sich an die Deutsche Volkspartei gewandt, um von dieser zu erfahren, ob sie bereit sei, sich an der Regierung zu beteiligen. Der Brief, der an den Vorstand der Fraktion der Deutschen Volkspartei gerichtet ist, geht davon aus, daß die Not der Stunde mehr denn je die Heranziehung aller erfordere, die „in williger und tätiger Mitarbeit an der Erhaltung und am Wiederaufbau des Staates auf dem Boden der heutigen Verhältnisse bereit sind." Die Politik des Reiches müsse von den weitesten Schichten des Volkes unterstützt werden, um dadurch die Gewähr für die Schaffung und Aufrechterhaltung dauernder Zustände im politischen und wirtschaftlichen Leben in sich zu tragen. Der Brief enthält aber auch die Grundlagen, auf denen sich das Zentrum und die Demokraten diese Zusammenarbeit vorstellen. Voraussetzungen sind die Fortführung einer gesunden Sozialpolitik, und zwar nur auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform, weil nur so ein Wiederaufbau des Staates möglich ist. Die in der Regierung zu vereinigenden Parteien müssen sich deshalb jeder Agitation gegen die Verfassung der Republik, gegen die Träger der Staatsgewalt und die Embleme des Staates innerhalb und außerhalb des Parlaments enthalten, sie müssen die Republik gegen jeden Angriff verteidigen. Durch das Gesetz zum Schutze der Republik müssen dem Staat alle Machtmittel gewährt werden, deren er zu tatkräftiger Verteidigung bedarf. Die Bemühungen, auf der Basis internationaler Verhandlungen unsere außenpolitischen Verhältnisse zu verbessern, müssen unterstützt werden. Das soll die Grundlage der Zusammenarbeit sein und jeder wird zugeben müssen, daß hier nichts verlangt wird, was nicht jede aufbauwillige, staatserhaltende Partei unterschreiben könnte. Die Antwort der Deutschen Volkspartei ist am Freitag bereits erfolgt. Sie lautet ohne Einschränkung zustimmend und dies ist um so bedeutsamer, als der bejahende Beschluß einstimmig gefaßt worden ist. Es ist selbstverständlich, daß auch durch diese Antwort, die wir begrüßen, die parlamentarische Lage noch nicht abschließend geklärt sein kann. Denn nunmehr wird der Ausgang der Entwicklung von der Entscheidung abhängen, die von seiten der sozialdemokratischen Parteien zu treffen ist, wenn sie sich mit der Antwort der Deutschen Volkspartei zu befassen haben werden. Die Verantwortung dafür, ob wiederum in einer Stunde der höchsten Gefahr die notwendige Konsolidierung aller gutgesinnten Kräfte an rein parteipolitischen Beweggründen scheitert und das deutsche Volk in eine Zukunft hineingestürzt wird, die überhaupt zu seiner Auflösung führen kann, oder ob der Gedanke von Staatsgesinnung und Staatserhaltung sich durchsetzt und eine wirkliche Volksregierung mit wirklichem Ansehen nach innen und nach außen erstehen läßt, diese Verantwortung liegt nunmehr bei der Linken. In Anbetracht dieser großen und schweren Verantwortung möchten wir auch der „Freiheit" raten, sich endlich einmal der sachlichen Beurteilung der Dinge zu befleißigen. Es ist nicht nur grundfalsch, sondern durchaus irreführend, wenn die „Freiheit" ihren Lesern zu erzählen für gut befindet, daß das Zentrum durch seinen industriellen Flügel, die Klöckner-Gruppe und durch den agrarischen Heroldflügel die Fühler nach den Stresemännern ausstrecken lasse. Im Zentrum herrscht vielmehr erfreuliche Einmütigkeit darüber, daß jetzt in einer der schwersten Situationen, in denen sich die Demokratie je befunden hat, der ernsthafte Versuch unternommen werden muß, nicht nur diese oder jene Partei, sondern alle Parteien an den Staat zu fesseln, die sich für seine Erhaltung und für seinen Ausbau, für seinen Schutz und seine Sicherheit mit allen Kräften einzusetzen gewillt sind. Jetzt wird es sich zu zeigen haben, wie weit auf der linken Seite dieser Wille in Wirklichkeit vorhanden ist oder ob die geplante Stärkung der Regierung nur einer einseitigen Stärkung des sozialistischen Einflusses dienen soll.

Deutscher Katholikentag München 1922

Aufs neue rüstet sich das katholische Deutschland zu einer Heerschau, die Ende August in München abgehalten werden soll. Das Programm ist, wie [illegible] Erfahrung ersichtlich, wiederum ein sehr reichhaltiges, auch sei bemerkt, daß bei pünktlich[illegible] [illegible] geplant ist. Besonders sei für das Gebiet Mitteldeutschland auf Zug Nr. 6 in untenstehender Zeitung aufmerksam gemacht. Alle Anfragen bezüglich Reise, Unterkunft, Teilnahme an der Tagung selbst richte man an die Adresse:

Deutscher Katholikentag, München 1922,

Herzogspitalstr. 12, Postgebäude [illegible]

Programm:

Freitag den 25. August: Passionsspiel in Oberammergau;
Samstag den 26. August, abends 7 Uhr: Großes geistliches Konzert im Dom; Meisterwerke der Kirchenmusik;
Sonntag den 27. August, vormittags: Festamt mit Pontifikal-Gottesdienst und Ansprache Sr. Eminenz auf dem Königsplatz;
Sonntag, nachmittags 2 Uhr: Versammlungen der katholischen Organisationen in allen größeren Sälen der Stadt;
Sonntag, abends 7 Uhr: Begrüßungsabend in der Festhalle;
Montag den 28. August, ½9 Uhr: Versammlung der katholischen Schulorganisation in der Festhalle;
½11 Uhr: Geschlossene Versammlung der Teilnehmer im Odeon;
4 Uhr: Oeffentliche Hauptversammlung in der Festhalle;
Dienstag den 29. August, ½9 Uhr: Generalversammlung des Volksvereins in der Festhalle;
½11 Uhr: Geschlossene Versammlung der Teilnehmer im Odeon;
4 Uhr: Oeffentliche Hauptversammlung in der Festhalle;
Mittwoch den 30. August, ½9 Uhr: Caritasversammlung in der Festhalle;
½11 Uhr: Geschlossene Versammlung der Teilnehmer im Odeon;
4 Uhr: Oeffentliche Hauptversammlung in der Festhalle.

An den Abenden der drei Tage finden die Festkommerse der katholischen Studentenverbindungen, sowie Festversammlungen der großen katholischen Organisationen statt.

Veranstaltungen während des Katholikentages: Ausstellung für christliche Kunst, Missionsausstellung, Festvorstellungen der bayerischen Staatstheater, kirchenmusikalische Darbietungen, Sozialcaritative Ausstellung, Deutsche Gewerbeschau.

Künstlerische Nebenveranstaltungen: 1. Passionsspiel in Oberammergau am Freitag den 25. August 1922. Am Freitag den 25. August 1922 findet eine Sondervorstellung für die Besucher des Katholikentages in Oberammergau statt. Die Teilnehmer können entweder am Donnerstag den 24. August, nachmittags oder am Freitag früh zwischen 4 und 5 Uhr abgehend von München nach Oberammergau jeweils mit Sonderzug reisen. Die Rückfahrt kann erfolgen ebenfalls mit Sonderzug entweder am Freitag abend nach Beendigung des Spieles (Ankunft in München gegen 10 Uhr abends oder am Samstag den 26. August vormittags). Nach Vereinbarung mit Oberammergau muß pro bestellten Platz 10 M. Vermerkgebühr entrichtet werden. Die Preise der numerierten Plätze betragen 1. Platz 100 M., 2. 70 M., 3. 50 M., 4. 30 M., 5. 10 M. Für Uebernachten wird erhoben pro Bett und Nacht 1. Klasse 70 M., 2. 60 M., 3. 50 M., 4. 40 M. Außerdem wird in Oberammergau eine Fremdensteuer erhoben von 20 Prozent pro Bett und Nacht. Ausländer zahlen die fünffache Fremdensteuer (Deutschösterreicher ausgenommen).

2. Opernfestspiele in den bayerischen Staatstheatern: Samstag den 26. August im Residenztheater „Don Giovanni" (Mozart). Preise: Parkettsitze 1.—6. Reihe 200 M., 7.—13. Reihe 150 M., Vorderplätze 2. Rang 100 M., 3. Rang 75 M. — Sonntag den 27. August im Prinzregententheater „Parsifal". Einheitspreis zu 150 M. — Dienstag den 29. August im Nationaltheater „Von deutscher Seele". Romantische Kantate von Hans Pfitzner. Preise: Parkettsitze 1.—6. Reihe 100 M., 7.—8. Reihe 75 M., Vorderplätze 1. Rang 75 M., 2. Rang 50 M., 3. Rang 40 M. — Mittwoch den 30. August im Residenztheater „Figaros Hochzeit". Preise: Parkettsitze 1.—6. Reihe 200 M., 7.—13. Reihe 150 M., Vorderplätze 2. Rang 100 M., 3. Rang 75 M. — Donnerstag den 31. August im Nationaltheater „Zauberflöte". Preise: Parkettsitze 1.—6. Reihe 150 M., 7.—12. Reihe 100 M., Vorderplätze 1. Rang 100 M., 2. Rang 75 M., 3. Rang 50 M. Es wird darauf hingewiesen, daß bei Betreten der Staatstheater ein amtlich beglaubigter Personalausweis mit Lichtbild (Paß usw.) vorzuzeigen ist, da für Ausländer fünffach erhöhte Eintrittspreise gelten. Dieserhalb und wegen der Fremdenkontrolle in München wird jedem Teilnehmer empfohlen, einen Paß mit sich zu führen. — 3. Kirchenkonzert. Geistliches Konzert im Liebfrauendom am Samstag den 26. August, abends. Es handelt sich hier um eine Vorführung erstklassiger Meisterwerke der Kirchenmusik unter Mitwirkung bedeutender Solisten. Preise: Numerierter Stuhlsitz 20 M., Bankfitz 10 M., Stehplatz 5 M. — 4. Gewerbeschau. Die Teilnehmer erhalten auf Bestellung Kongreßkarten, die in der Zeit vom 24. bis 30. August zum jederzeitigen Besuch der Gewerbeschau berechtigen.

Extrazüge: Es sollen Extraschnellzüge zum Katholikentag mit 2. und 3. Klasse gefahren werden, für welche ermäßigte Fahrpreise in Aussicht gestellt sind. Die Voraussetzung für die Durchführung dieser Züge ist eine genügende Beteiligung. Zug Nr. 1: Aachen, Köln, Coblenz, Bingerbrück, Mainz, Frankfurt a. M., Hanau, Aschaffenburg, Würzburg, München. Abfahrt von Aachen 23. August abends 8 Uhr, Ankunft in München 24. August mittags gegen 12 Uhr. Anschlußzug Nr. 1b: Osnabrück, Münster, Haltern, Gelsenkirchen, Altenessen, Oberhausen, Köln. Abfahrt von Osnabrück 23. August nachmittags. Bei größerer Beteiligung wird Zug 1b [illegible] nach München durchgeführt, und zwar von Köln aus rechtsrheinisch über Köln-Deutz, Troisdorf, Venel, Neuwied, Ehrenbreitstein, Wiesbaden, Biebrich, Frankfurt a. M., Aschaffenburg, Würzburg, München. Zug Nr. 2: Frankfurt a. M., Darmstadt, Mainz, Mannheim, Grabenneudorf (Anschluß von Saarbrücken), Karlsruhe (Anschluß von Freiburg), Pforzheim, Mühlacker, Bietigheim, Stuttgart, Plochingen, Göppingen, Ulm, München. Abfahrt von Frankfurt a. M. 24. August vormittags, Ankunft in München 24. August Spätnachmittag. — Zug Nr. 3: Chur, Sargans, Feldkirch, Bregenz (Anschluß von St. Gallen, Zürich), Lindau, Kempten, München. Abfahrt 24. August früh, Ankunft 24. August abends. — Zug Nr. 4: Wien, St. Pölten, Amstetten, Linz, Wels, Attnang-Puch, Salzburg, München. Abfahrt 24. August früh Ankunft 24. August abends. — Zug Nr. 5: Pilsen (Anschluß von Prag), Marienbad, Eger, Wiesau, Weiden, Schwandorf, Regensburg, München. Abfahrt 24. August früh, Ankunft 24. August abends. — Zug Nr. 6: Oppeln (Anschluß an Oberschlesien), Breslau, Liegnitz, Görlitz, Dresden (Anschluß von Berlin und Nord-Ostdeutschland), Zwickau, Hof, Neuenmarkt, Kulmbach, Lichtenfels, Bamberg, Nürnberg, München. Abfahrt 23. 8. abends, Ankunft 24. August nachmittags. Die Rückfahrt sämtlicher Züge erfolgt am 31. August bezw., soweit es sich um Nachtzüge handelt, vom 31. August zum 1. September.

Deutscher Reichstag

Erst in vorgerückter Nachmittagsstunde wurden am Freitag die Verhandlungen des Reichstages fortgesetzt, nachdem sie am Donnerstag durch die stürmischen Vorgänge eine jähe Unterbrechung erfahren hatten. Es wurde immer noch über dasselbe Thema debattiert, nämlich über die Interpellationen, die von sozialistischer Seite eingebracht worden waren und im Anschluß an das Gesetz zum Schutz der Republik beraten wurden. Das Haus war nur sehr spärlich besetzt; und man kann dies in diesem Falle sehr wohl verstehen. Denn daß unsere politische Lage von dieser Debatte irgend einen Vorteil zieht, das ist so gut wie ausgeschlossen. Der deutschnationale Redner, der Abg. Hensel, der am Vortage den Sturm der Entrüstung erregt hatte, indem er in wirklich unangebrachter Art die Linke provozierte, setzt zu Beginn der Sitzung die unterbrochene Rede fort. Er wird zwar mit einigen lärmenden Zwischenrufen des Herrn Höllein empfangen, kann aber doch seine Rede mit einigen Sätzen „ehrenhalber" zu Ende führen, da die Mehrheitssozialdemokratie, soweit ihre Mitglieder im Saale waren, das Plenum verließ. Nach ihm spricht der Demokrat Dr. Göhr-Leipzig. Er ist seines Zeichens Geschichtsprofessor und hält als solcher ein langes Kolleg über die Schuldfrage am unglücklichen Kriegsausgang und am Zusammenbruch. Dieses Thema gehört nicht hierher. Und wenn der Deutschnationale Hensel es anzuschneiden die Lust fühlte, dann hätte man auf der anderen Seite vermeiden sollen, in denselben Fehler hineinzufallen.

Steuer-Ermäßigung

Berlin, 7. Juli. Im Steuerausschuß des Reichstages wurde nach längerer Beratung folgende Ermäßigung der Einkommensteuer beschlossen: Die Einkommensteuer beträgt für die ersten angefangenen oder folgenden 100 000 M. steuerbares Einkommen 10 v. H., für die weiteren 50 000 M. 15 v. H., für die weiteren 50 000 M. 20 v. H., für die weiteren 50 000 M. 25 v. H., für die weiteren 150 000 M. 30 v. H., für die weiteren 200 000 M. 35 v. H., für die weiteren 200 000 M. 40 v. H., für die weiteren 200 000 M. 45 v. H., für weitere 1 Million Mark 50 v. H., für weitere 1 Million Mark 55 v. H., für die weiteren Beträge 60 v. H. Ferner wurden die abzugsfähigen Sterbekassenbeiträge von 100 auf 1000 Mark erhöht und die abzugsfähigen Versicherungsbeiträge auf 8000 Mark erhöht. Angenommen wurde ein Antrag auf Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer. Die Abzüge wurden für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau auf je 480 M. im Jahre, bei einem Einkommen bis zu 100 000 M., für Kinder auf 960 M. bis zu einem Einkommen von 200 000 M., für die Werbungskosten auf 810 M. erhöht. Die Berücksichtigung der Altersrenten soll in der zweiten Lesung geregelt werden. Die Kapitalrentensteuer soll bis zu 25 000 M. voll und bis zu 50 000 M. Einkommen zur Hälfte angerechnet werden.

Zentrumsanträge zum Reichseinkommensteuergesetz im Steuerausschuß

Infolge des Sinkens der Kaufkraft der deutschen Mark im Inland sah sich der Steuerausschuß genötigt, das Reichseinkommensteuergesetz den veränderten Geldverhältnissen anzupassen. In diesem Sinne lagen Abänderungsanträge vom Zentrumsabgeordneten Höhner vor, außerdem noch von dem Unabhängigen Crispien und dem Deutschnationalen Dr. Fischer. Die Zentrumsanträge wurden vom Abg. Höhner begründet. Dieser weist darauf hin, daß sich seine Anträge nach drei Gesichtspunkten im wesentlichen von den Anträgen der anderen Parteien unterscheiden. Denn einmal sollen die 10prozentigen Lohnabzüge nicht nur auf das Einkommen von 80 000 Mark ausgedehnt werden, wie dies in dem Antrag Dr. Fischer und Crispien vorgeschlagen ist, sondern die Höchstgrenze soll auf 100 000 Mark ausgedehnt werden. Dann wünscht der Abg. Höhner weiter, alle Abzüge für die Kinder nicht nur zu verdoppeln, wie dies in den beiden andern Anträgen vorgeschlagen ist, sondern die Erhöhung der Abzüge von 360 auf 960 Mark festzusetzen. Dagegen will er auf eine Erhöhung der Werbungskosten verzichten oder gegebenenfalls um die Hälfte des Vorschlages des Abg. Dr. Fischer und Crispien erhöhen. Für die kinderreichen Familien läge eine viel größere Notwendigkeit der Erleichterung des Einkommensteuergesetzes vor, als wie bei Unverheirateten und kinderlosen Familien. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages Höhner, der den 10prozentigen Lohnabzug auf 100 000 Mark ausdehnt. Ebenso wird der vom Abg. Höhner eingebrachte Tarif zum Reichseinkommensteuergesetz angenommen. Weiterhin beschließt der Ausschuß gleichfalls entsprechend dem Antrage Höhner die Abzüge für Kinder auf 960 Mark festzusetzen; die Abzüge für den Haushaltungsvorstand und die Ehefrau werden entsprechend dem Antrag